

10 Positionen der Zahnärztinnen und Zahnärzte Baden-Württembergs zur Bundestagswahl 2021

1. Freiberuflichkeit erhalten

Das Modell der Freiberuflichkeit ist ein Erfolgsmodell. Es sichert therapeutische Unabhängigkeit und medizinische Behandlungsfreiheit.

2. Selbstverwaltung stärken

Die zahnärztliche Selbstverwaltung, die sich besonders während der Coronapandemie bewährt hat, ist ein wesentlicher Teil des Gesundheitssystems und muss in ihrer Rolle weiter gestärkt werden.

Die KZV stellt die vertragszahnärztliche Versorgung sicher. Sie muss auch weiterhin die Feinsteuerung der Versorgung übernehmen.

3. Mehr Zeit für Patient*innen, weniger Bürokratie

*Im Zentrum der Berufsausübung steht die Behandlung von Patient*innen. Unnötige Bürokratie muss abgeschafft werden, sie macht die Ausübung des Zahnarztberufs und die Niederlassung unattraktiv.*

4. Digitalisierung fördern

Die Zukunft ist digital, es muss aber einen finanziellen Ausgleich sowie eine Haftungsfreistellung bezogen auf die spezifischen Risiken der Digitalisierung geben. Sanktionen werden entschieden abgelehnt.

5. Mundgesundheit über den gesamten Lebensbogen hinweg erhalten

Wie bereits bei der Jugendzahnpflege umgesetzt, muss mit der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft auch die Mundgesundheit bei Menschen mit Unterstützungsbedarf in den Fokus gerückt werden. Dazu muss das Thema „Alterszahngesundheit“ und „Zahngesundheit von Menschen mit Behinderungen“ in der Ausbildung aller Gesundheitsberufe verstärkt thematisiert werden.

6. Niederlassungen fördern

Es müssen gute Bedingungen für niederlassungswillige Zahnärztinnen und Zahnärzte geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere eine gut ausgebaute Infrastruktur.

- 7. Ausgabenvolumina abschaffen und leistungsgerechte Vergütung sicherstellen**
*Ausgabenvolumina der Vergütung müssen dauerhaft abgeschafft werden.
Regelmäßige Anpassung und Dynamisierung der Gebühren ist erforderlich.*
- 8. Bewährtes System der dualen Krankenversicherung in Deutschland erhalten**
Die Einführung einer gesetzlichen Einheitsversicherung („Bürgerversicherung“) gefährdet das insgesamt hohe Niveau in der Patientenversorgung in Deutschland und wird deshalb abgelehnt.
- 9. Hände weg von der berufsständischen Altersversorgung**
*Wir fordern das Festhalten an unserer berufsständischen Altersversorgung der Freien Berufe, die als Surrogat für den Ausschluss aus der Deutschen Rentenversicherung gebildet wurde.
Aufgrund der höheren Lebenserwartung und weil Freiberufler*innen das Renteneintrittsalter häufiger erreichen als die Normalbevölkerung, wären wir bei Einverleibung in die Deutsche Rentenversicherung mittelfristig nachweislich eine Belastung.*
- 10. Nationale Gesundheitskompetenz erhalten in einem starken und kompetenten Europa**
Bei der geplanten europäischen Gesundheitsunion muss die Verantwortung und Zuständigkeit für die Festlegung der Gesundheitspolitik, die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung bei den Mitgliedsstaaten verbleiben.